

## Die andere Anomalie der Ukraine: ein Parlament ohne rechtsradikale Fraktionen

Umland, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umland, A. (2008). Die andere Anomalie der Ukraine: ein Parlament ohne rechtsradikale Fraktionen. *Ukraine-Analysen*, 41, 7-10. <https://doi.org/10.31205/UA.041.02>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Analyse

# Die andere Anomalie der Ukraine: ein Parlament ohne rechtsradikale Fraktionen

Von Andreas Umland, Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew

»Was ist mit den ukrainischen Nationalisten passiert?« So überschrieb 1999 Paul Kubicek einen Aufsatz, in dem er die relative Bedeutungslosigkeit radikaler nationalistischer Parteien in der Politik der Ukraine in den neunziger Jahren zu erklären suchte. Seitdem hat sich bezüglich der Marginalität ultranationalistischer Gruppierungen im täglichen Kiewer Politikgeschäft wenig geändert.

## Die Ukraine im postkommunistischen Vergleich

Der ukrainische Nationalismus ist zweifelsfrei vorhanden und macht in den letzten Monaten viel von sich reden. Die renommierte Kiewer Wochenzeitschrift *Ukrains'kyj tyžden'* (Nr. 18–19/2008, S. 22–23) sprach kürzlich gar von einer »Hitlerisierung« der ukrainischen Politik. Gemeint war die Manipulation des Informationsflusses aus der Ukraine in russischsprachigen Massenmedien mit dem Ziel einer Diskreditierung Kiews durch (a) das Aufgreifen marginaler Anlässe, wie des Verkaufs taiwanesischer Hitlerpuppen in einem ukrainischen Geschäft, (b) die Simplifizierung komplizierter historischer Vorgänge, wie des Verhaltens ukrainischer Patrioten während des Zweiten Weltkrieges, oder (c) künstliche Skandale, wie die Verleumdung des verstorbenen Vaters von Präsident Juschtschenko, der Häftling des KZs Flossenbürg war, in dem russischsprachigen Buch eines nicht auffindbaren »jüdischen Historikers« mit pakistanischem Verleger. Im Widerspruch zum Tenor der teils auch im Westen erfolgreichen Medienkampagnen des Kreml, stellt die Ukraine jedoch in eher entgegengesetzter Hinsicht einen Sonderfall im ost-, ja gesamteuropäischen Kontext dar. Nicht nur ist die Ukraine diejenige Gründungsrepublik der Sowjetunion, die sich – nach den jüngsten Rückschlägen der Demokratisierungen Kirgistans und Georgiens – noch am ehesten in Richtung Demokratie bewegt und die Welt mit der Gewaltfreiheit ihrer »Orange Revolution« 2004 beeindruckte. Darüber hinaus zeichnet sich das ukrainische Parlament dadurch aus, dass ihm schon seit Jahren extrem nationalistische Fraktionen »fehlen«.

Warum dieser Zustand zwar erfreulich, jedoch keineswegs selbstverständlich ist, illustrieren die politischen Landschaften vergleichbarer Staaten. Ob inzwischen mehrjährige, slawische EU-Mitglieder wie Polen oder die Slowakei, jüngste EU-Zugänge mit einer christlich-orthodoxen Tradition wie Bulgarien oder Rumänien oder die sich vom restlichen Europa abnabelnden orthodox-slawischen »Bruderstaaten« der Ukraine Ser-

bien und Russland: in sowohl den teil- als auch vollpluralistischen exkommunistischen Staaten Europas sind radikale nationalistische Gruppierung in der Regel zu festen Bestandteilen sowohl des allgemeinen öffentlichen Diskurses als auch des im engeren Sinne politischen Lebens geworden. Dies drückt sich in erster Linie im Erfolg der betreffenden Gruppierungen bei Parlaments- sowie Präsidentschaftswahlen aus und manifestiert sich in der manchmal wechselhaften sowie nicht immer durchgehenden, aber nichtsdestoweniger sichtbaren Präsenz verschiedener rechtsradikaler oder populistischer Fraktionen in den nationalen Abgeordnetenhäusern bzw. neuerdings auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie im Europaparlament.

## Rechtsradikalismus in Ost- und Westeuropa

Aus vergleichender Perspektive betrachtet sind diese osteuropäischen Phänomene wenig verwunderlich. Wenn die deutschen Politikwissenschaftler Erwin K. Scheuch und Hans Dieter Klingemann in einem vielzitierten Aufsatz aus dem Jahre 1967 Rechtsradikalismus als »normale Pathologie« westlicher Industriegesellschaften bezeichnen: um wie viel »normaler« ist dann das Vorhandensein ultranationalistischer Gruppierungen in den Parlamenten krisengeschüttelter Transformationsstaaten mit ihren spärlichen demokratischen Traditionen, instabilen politischen Institutionen, zahlreichen ökonomischen Defekten und wenig entwickelten Zivilgesellschaften? Sowohl sozialwissenschaftliche Theorie als auch staatsbürgerliche Intuition sagt voraus, dass die extremen Stresssituationen, die die Osteuropäer in den 1990ern durchleben mussten, Überreaktionen, wie den erheblichen Zuspruch für schrille Nationalpopulisten vom Schlage Wojtslaw Schescheljs, Wadim Tudors, Wladimir Schirinowskijs oder Wolen Siderows, im Grunde erwarten lassen. Selbst im reichen Westeuropa sind die Wahlerfolge vergleichbarer Politiker keineswegs eine Ausnahme, wie der beständige Zulauf dubioser Figuren wie Jean-Marie Le Pen, Jörg

Haider oder Gianfranco Fini belegt. Die Abwesenheit von Rechtspopulisten in den nationalen Gesetzgebungsorganen einiger europäischer Staaten, etwa Deutschlands oder Großbritanniens, ist eher untypisch und wird durch besondere Umstände in diesen Ländern – etwa das britische Majoritätswahlssystem oder die deutsche Vergangenheitsbewältigung – bestimmt. Vor diesem Hintergrund stellen sich die politischen Landschaften vieler osteuropäischer Staaten sogar relativ vorteilhaft dar. Trotz der tiefen soziokulturellen Krisen, die diese Länder in den 1990ern durchlebten, und des bis heute deutlich geringeren Lebensstandards, war die durchschnittliche Unterstützung rechtspopulistischer und -radikaler Parteien und Politiker in Osteuropa in den letzten Jahren nur geringfügig höher als in Westeuropa.

Die Ukraine wirkt in diesem Kontext geradezu anomal: Obwohl das Land mit zunächst 4 % und nun 3 % eine der international niedrigsten Eingangsbarrieren für sein Einkammerparlament hat und eine der tiefsten postsozialistischen Krisen erlebte, schaffte es bisher nur einmal eine der zahlreichen radikal antidemokratischen Parteien als eigenständige Kraft gemäß Verhältniswahlrecht in die Werchowna Rada einzuziehen. Bei den Parlamentswahlen 1998 errang die extrem antiwestliche, demonstrativ prorussische und daher zu unrecht meist als »linksradikal« klassifizierte sogenannte Progressiv-Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU) angeführt von Natalja Witrenko, die enge Verbindungen zu Russlands führendem neofaschistischem Ideologen Alexander Dugin unterhält, mit 4,04 % den selbstständigen Einzug in die Rada. Auch erlangte Witrenko bei den Präsidentschaftswahlen 1999 mit 10,97 % ein beachtenswertes Ergebnis, was jedoch insofern folgenlos blieb, als der Stern Witrenkos im neuen Jahrzehnt wieder sank. Den verschiedenen radikal ethnozentrischen, sich oft als prowestlich deklarenden und meist antirussischen Gruppierungen, wie die Ukrainische Nationale Versammlung (UNA) oder Allukrainische Vereinigung »Freiheit«, gelang es nicht ein einziges mal, bei nationalen Wahlen ein erwähnenswertes Resultat zu erreichen.

### Politischer Radikalismus in der ukrainischen Politik

Einzelne ultranationalistische Politiker und Publizisten, wie die erwähnte Witrenko, Dmytro Kortschynsky oder Oleh Tjahnybok, nehmen auch in der Ukraine an öffentlichen Debatten auf nationaler Ebene teil; sie treten im Fernsehen auf und genießen offenbar zumindest bei Teilen der Bevölkerung Akzeptanz. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe dubioser ukrainischer Publizisten, z.B. Wasyl Jaremenko, Eduard Chodos, Heorhy Schtschjokin, Ihor Kahanez, Juri Schylow, Juri

Kanyhin usw., deren teils hochauflagige und aufwendig verlegte, antisemitische und rassistische Schriften in der ganzen Ukraine vertrieben werden. Zudem darf sich Kiew »rühmen«, die wohl einzige Hochschule mit einer unverhohlenen antisemitischen Leitung in Europa zu beherbergen: die berüchtigte Interregionale Akademie für Personalführung (bekannt unter ihrer ukrainischen Abkürzung »MAUP«) – eine große private Universität mit Filialen in mehreren ukrainischen Städten, vermuteten Finanzinfusionen aus der arabischen Welt und einer rabiat antisemitischen Zeitschrift sowie Buchreihe namens »Personal«.

Die elektorale Impotenz des organisierten ukrainischen radikalen politischen Antiliberalismus ist nichtsdestoweniger unter vergleichenden Gesichtspunkten verblüffend. Sofern man die linkspopulistische und sich häufig opportunistisch verhaltende Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) als nicht voll zum extremistischen Spektrum zugehörig betrachtet, ergibt sich, dass bislang nur einmal (1998 die PSPU) eine explizit antidemokratische Partei von den ukrainischen Wählern in die Werchowna Rada entsandt wurde. Bei den jüngsten Wahlen erlangten Witrenkos PSPU mit 1,32 % und Tjahnyboks Freiheits-Vereinigung mit 0,76 % die »besten« Ergebnisse unter denjenigen Gruppierungen, die als Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung identifiziert werden können.

Selbst wenn man die noch vor kurzem an der Janukowitsch-Regierung beteiligte KPU diesem Spektrum zuschlägt, wandelt sich das heutige Bild nicht grundsätzlich. KPU-Chef Petro Symonenko erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 2004 4,97 % und seine Partei bei den Werchowna-Rada-Wahlen 2006 3,66 % und 2007 5,39 %, womit sie jeweils nur knapp über der Eingangsbarriere ins Parlament lag. Zudem können die kommunistischen Parteien der Ex-UdSSR als dem postsozialistischen Kontext spezifische konservative Rentnerwahlklubs betrachtet werden, deren Weltbild und öffentliches Image sich weniger an alternativen Zukunftsszenarien als an einer Verklärung der sowjetischen Vergangenheit orientiert. Das populistische Rabaukentum Symonenkos wirkt letztlich weniger aggressiv, als die antisemitischen Entgleisungen, Referenzen an die deutsche »Konservative Revolution« und geopolitischen Spekulationen, die man immer häufiger in den Verlautbarungen der Führer der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation finden kann.

Es gibt freilich auch in der heutigen Ukraine einige bekannte Parlamentsabgeordnete, wie die prominenten Deputierten der Timoschenko-Fraktion Lewko Lukjanenko (bis 2007), ein ehemaliger Dissident, oder Andry Schkil, ein profiliertes politischer Kommentator, die man einer ultranationalistischen Vergangenheit bzw., etwa im Fall Lukjanenkos, auch jüngerer antisemiti-

scher Aussagen bezichtigen kann. Jedoch sind diese Personen isolierte Akteure, von denen sich zudem etliche inzwischen der herrschenden politischen Korrektheit angepasst bzw., wie im Falle Schkils, gar zu profilierten Demokraten entwickelt haben. Auch die in das Parteienbündnis »Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes« integrierten nationalistischen Splittergruppen, wie der Kongress Ukrainischer Nationalisten, ändern prinzipiell nichts an der liberalen Haltung der Führer des Wahlblocks. Hinzuzufügen ist, dass die Integration politischer Ränder eine Funktion demokratischer politischer Parteien ist. Auch in den großen Volksparteien des Westens gibt es regelmäßig Vertreter, deren Äußerungen sich am Rande der politischen Korrektheit bewegen, die auch antiliberalen Wählergruppen ansprechen und die auf diese Weise helfen, explizit antidemokratische Parteien auszugrenzen. Die Nützlichkeit dieser Integrationsfunktion besteht allerdings nur so lange, wie solche »Rechtsaußenflanken« großer Volksparteien keine Auswirkungen auf das politische Verhalten der betreffenden Partei und ihrer Führung hat. Diese Pathologie moderner Demokratien konnte man jüngst etwa im Einflussgewinn US-amerikanischer evangelikaler Fundamentalisten auf das Weiße Haus beobachten und muss man hinter den jüngsten Versuchen Juschtschenkos vermuten, ukrainische Nazikollaborateure mit dubiosen politischen Ansichten und ungeklärten Kriegsbiographien zu nationalen Helden zu erheben. Trotz dieser in der ukrainischen Gesellschaft auf Widerstand treffenden Tendenzen, erscheinen die heutigen national orientierten Regierungsparteien der Ukraine jedoch in wesentlichen Fragen als weiterhin der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. So änderte zum Beispiel der Austritt des Kongresses Ukrainischer Nationalisten aus der Wahlvereinigung »Unsere Ukraine« vor den letzten Parlamentswahlen kaum etwas am öffentlichen Profil und an der Ideologie der Vereinigung. Die damit veränderte Komposition des Parteienbündnisses blieb ohne Konsequenzen und bei den Wählern 2007 weitgehend unbemerkt.

### Die Ukraine als Vorbild?

Dies steht im Gegensatz zu dem Land, mit dem die Ukraine immer noch häufig in einem Atemzug genannt wird – der Russischen Föderation. Nicht nur findet man im ukrainischen Parlament kein Äquivalent für das militante Antiwestertum, wie es in der Staatsduma bis vor kurzem Dmitrij Rogosins Mutterland-Block demonstrierte und bis heute Schirinowskijs sogenannte »Liberaldemokraten« sowie Sjuganows Nationalkommunisten vertreten. Auch das politische Zentrum Russlands hat sich in den vergangenen Jahren nach rechts verschoben. Eine Reihe bizarrer Ideen zur russischen und Welt-

politik, wie sie in den neunziger Jahren lediglich von politischen Randgruppen vertreten wurden, sind heute Gemeinplätze im russischen politischen Mainstream. Dies betrifft die Sichtweise auf den Westen, insbesondere die USA und NATO, aber auch die dominanten Interpretationsschemata für politische Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion, etwa die inzwischen zur Selbstverständlichkeit gewordenen Verschwörungstheorien zur Erklärung der Orange Revolution sowie der Rosen- und Tulpenrevolution. Am deutlichsten zeigt sich der Unterschied zwischen der Ukraine und Russland bezüglich rechtsextremer Gewaltpotentiale und -taten. Der führende Kiewer Rechtsextremismusexperte Wjatscheslaw Lichatschow schätzte mir gegenüber im Mai 2008 die offizielle Zahlenangabe für Skinheads in der Ukraine von 500 als zu gering ein und setzte sie bei bis zu 2000 Personen an, wobei hierunter auch nichtnazistische Skinheads fallen würden. Diese Korrektur ist unerfreulich, klingt jedoch weniger bedrohlich, als die vergleichbaren Schätzungen für die derzeitige Zahl der russischen Skinheads von über 50.000 (einige Schätzungen gehen bis zu 80.000), wobei hier der überwiegende Teil dieser Subkultur in Russland als neonazistisch gilt.

Ähnlich divergierende Daten liegen bezüglich rechtsextremer Gewalttaten in den beiden ostslawischen Staaten vor. In der Ukraine wurden etwa in den ersten drei Monaten dieses Jahres 44 derartige Übergriffe, davon zwei mit tödlichem Ausgang, registriert (Union of Councils for Jews in the Former Soviet Union, 30.4.08). Diese Zahlen erscheinen hoch – allerdings nur so lange man sie nicht vergleichbaren russischen Angaben gegenüberstellt. Das Moskauer Monitoringzentrum »SOWA« registrierte für denselben Zeitraum, also Januar-März 2008, in Russland 112 verwundete und 39 getötete Personen als Resultat rechtsradikaler Attacken – Tendenz steigend. Kritische russische Beobachter sprechen angesichts solcher Daten bereits von einem unerklärten Bürgerkrieg gegen Nichtslawen in Russland.

Weshalb es die ukrainischen Wähler und Eliten bisher vermögen, nicht nur Ost- sondern auch Westeuropa das nachahmenswerte Vorbild einer weitgehenden Ausgrenzung des organisierten Ultrationalismus vom nationalen Gesetzgebungsprozess zu bieten, erscheint als Rätsel. Weder scheinbare Besonderheiten des nationalistischen Parteienspektrums, noch eine angebliche spezielle Toleranz der Ukrainer taugen als umfassende Erklärungen. Zwar ist die Tätigkeit der ukrainischen nationalistischen Gruppen tatsächlich von Selbstobstruktion bzw. -destruktion durch interne Streitigkeiten und größenwahnsinnige Führer geprägt. Diese Charakteristika findet man jedoch in vielen rechtsradikalen Parteienspektren, die es nichtsdestoweniger schaf-

fen, ihre kollektiven Aktionsprobleme früher oder später zu überwinden.

### Rechtsextreme Potentiale der Ukraine

Weiterhin belegen Umfragen, dass die Verbreitung xenophober Einstellungen in der ukrainischen Bevölkerung hoch und in diesem Jahrzehnt weiter gestiegen ist (Panina 2006). In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Ukraine kaum bzw. eher in negativer Hinsicht von den anderen Transformationsstaaten.

Ein offensichtlich wichtiger Faktor ist, dass sich das Land in zwei historisch gewachsene Großregionen, einerseits die West-, andererseits die Süd- und Ostukraine, teilt, in denen die ukrainische Nation sowie ihre Interessen auf unterschiedliche Art und Weise definiert werden. Aufgrund des unterschiedlich hohen Einwirkungsgrades russischer Massenmedien stellen sie darüber hinaus separate Informationsräume dar. Dementsprechend ist Tjahnyboks Freiheits-Vereinigung in etlichen Regional- und Lokalparlamenten der Westukraine und Witrenkos PSPU in solchen der Ost- und Südukraine, jedoch derzeit keine der beiden Gruppierungen im nationalen Parlament vertreten.

Aber auch diese Begründung ist angesichts der niedrigen Eintrittsbarriere, die den Zugang in die Werchowna Rada seit der Erlangung der Unabhängigkeit begrenzt (4 bzw. 3 %), nicht hinreichend. Die relativ geringen Klauseln hätten es auch Parteien mit einem regional konzentrierten Wählerpotential erlauben können, parlamentarische Repräsentanz zu erlangen, zumal

bei der derzeitigen 3%-Klausel strategisches Wahlverhalten keine große Rolle spielen dürfte. Auch könnte man unter anderem an das Beispiel Belgien erinnern, wo die Teilung des Landes in zwei sich noch stärker unterscheidende Kulturen kein Hindernis für den Aufstieg des rechtsextremen Vlaams Blok bzw. Vlaams Belang darstellte.

Das hier gezeichnete relativ positive Bild der Ukraine ist allerdings um eine Notiz zu ergänzen: Es gibt laut der kürzlich verstorbenen Soziologin Natalja Panina (2006) eine Korrelationen zwischen der stärker prowestlichen Einstellung sowohl der Westukrainer als auch ukrainischer Jugendlicher einerseits und dem Grad der Akzeptanz xenophober Ansichten andererseits. Demnach sind diejenigen Regionen, die gemeinhin als am stärksten proeuropäisch gelten, bestimmten europäischen Werten weniger nahe als die eher prorussisch eingestellte Ostukraine. So ist die Wählerschaft Juschtschenkos z. B. bedeutend antisemitischer als diejenige Janukowitschs, wobei ergänzt werden muss, dass der wichtigste Bestimmungsfaktor hierfür scheinbar nicht die Region *per se* ist, sondern der stärker ländliche Charakter der West- und eher städtische Charakter der Ostukraine den Ausschlag gibt. Wie auch immer, die hohe Verbreitung xenophober Stereotypen bei Jugendlichen in der ganzen Ukraine ist ein schlechtes Omen. Falls die Ukraine ihre niedrige 3%-Klausel beibehält, könnte es zu einer unerfreulichen »Europäisierung« der Zusammensetzung der Werchowna Rada nach den nächsten Parlamentswahlen kommen.

### Über den Autor

Dr. Andreas Umland ist Lektor des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität Kiew.

### Bibliographie und Lesetipps

- Haluško, Kyrilo (2008): Bytyj šljach vid archeologiji do nacyzmu, abo jaki »teoriji« my obgovorjujemo, in: Olijnyk, Julija (Hrsg.): Novitni myfy ta fal'syvyky pro pochodžennja ukrajinciv, Kyjiv: Tempora, S. 11–28.
- Panina, Natalja (2006): Faktory nacional'noj identičnosti, tolerantnosti, ksenofobii i antisemitizma v sovremennoj Ukraine, in: Vestnik obščestvennogo mnenija, Nr. 1, S. 26–38.
- Kubicek, Paul (1999): What Happened to the Nationalists in Ukraine? in: Nationalism and Ethnic Politics, Nr. 1, S. 29–45.
- Kuzio, Taras (1997): Radical Nationalist Parties and Movements in Contemporary Ukraine and After Independence. The Right and Its Politics, 1989–1994, in: Nationalities Papers, Nr. 2, S. 211–242.
- Kuzio, Taras (2007): Theoretical and Comparative Perspectives on Nationalism. New Directions in Cross-Cultural and Post-Communist Studies, Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Rudling, Per Anders (2006): Organized Antisemitism in Contemporary Ukraine. Structure, Influence and Ideology, in: Canadian Slavonic Papers, Nr. 1–2, S. 81–119.
- Scheuch, Erwin K. unter Mitarbeit von Hans Dieter Klingemann (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 12, S. 11–19.